

Auszug aus dem Beschlussprotokoll 37. Ratssitzung vom 17. Dezember 2014

600. 2014/281

Weisung vom 10.09.2014:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2015

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 850 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP)

Änderungsanträge

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 500 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 300 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

2 / 3

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit 1: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
Minderheit 2: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	80 Stimmen
Antrag Minderheit 1	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>21 Stimmen</u>
Total	123 Stimmen
= absolutes Mehr	62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 850 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassetascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat